

13. XII. 1918

125

Die Wünsche der Staatsbediensteten.

Betreter der Organisationen beim Staatsrat.

Die Vertreter der Organisationen der Staatsbediensteten erschienen vorgestern unter Führung des Abgeordneten Forster beim Staatskanzler Doctor Menner, bei den Präsidenten Dr. Dinghofer und Hauser sowie beim Staatssekretär für Finanzen und überreichten die in der letzten Sitzung des Staatsangestelltenausschusses im Beisein der Vertreter der Staatsangestellten gefassten Beschlüsse.

Die Vertreter der Staatsangestellten richteten an den Staatskanzler, an die beiden Präsidenten sowie an den Staatssekretär die Bitte, daß der am 1. Februar 1919 fällige einmalige Anschaffungsbeitrag noch vor Weihnachten ausbezahlt werde, daß die vom Abgeordnetenhaus beschlossene, jedoch nur teilweise durchgeführte fünfzigprozentige Teuerungszulage restlos gewährt werde, den Heimlehrern die Militärdienstzeit in die Kriegszeit eingerechnet werde, für die Kinder der Staatsangestellten Teuerungs-, Anschaffungs- und eventuell Erziehungsbeiträge gegeben werden sollen, die Gleichstellung der Post- und Kanzleioffizianten und -offiziantinnen sowie der Telegraphenadjunkten mit den pragmatischen Beamten bei den Bezügen, Gleichstellung der Telefon- und Telegraphenarbeiter und -arbeiterinnen in den Fragen der Altersversorgung, Witwen-

und Waisenversorgung u. mit den andern Staatsarbeitern und schließlich Schaffung von Staatsangestelltenräten.

Staatskanzler Dr. Menner erklärte, daß er der nächsten Sitzung des Kabinettsrates sämtliche Forderungen vorlegen und sie auch vertreten werde. Was den Anschaffungsbeitrag anlangt, so erkenne er seine Berechtigung. Diese Beträge werden, sobald die bis zu 500 Kronen in den Staatsklassen vorhanden sei, zur Auszahlung gelangen. Gedenfalls bestehe das Bestreben, diese Beiträge noch vor Weihnachten auszuzahlen. Auch die Forderung nach fünfzigprozentiger Erhöhung der Teuerungszulage finde er für berechtigt, zumal das Abgeordnetenhaus diese bereits beschlossen und auch seine Partei dafür gestimmt habe. Die Erhöhung der Teuerungszulagen sei um so gerechtfertigter, als seit dem Besuch des Abgeordnetenhauses diese durch das Steigen der Lebensmittelpreise wieder kontrahiert wurde. Auch die Forderung der nichtpragmatischen Beamten wegen Gleichstellung mit den pragmatischen Beamten bei den Teuerungsbeiträgen u. finde seine Zustimmung. Betreffs der Ausbildungskräfte in der Kriegszeit werde ein Entwurf ausgearbeitet, der in Höhe vorgelegt werden wird.

Präsident Hauser antwortete die bedrangte Sage, in der sich die Staatsangestellten befinden, und versicherte, daß sowohl er als auch die übrigen Mitglieder des Staatsrates alles tun werden, um eine Besserung herbeizuführen. Er hat jedoch die Vertreter der Angestellten, dahin zu wirken, daß keine Störung in den staatlichen Betrieben eintrete.

Präsident Dr. Dinghofer versicherte, daß er sich in letzter Zeit sehr eingehend mit den Wünschen der Staatsangestellten beschäftigt und diesbezügliche Anträge vorbereitet habe. Auch er hat den Ernst der Situation, die durch die Kohlemot an Schärfe noch aufgenommen habe, nicht zu verkennen, und erfuhr, daß die Staatsangestellten belehrend und beruhigend zu wirken.

Der Staatssekretär für Finanzen Dr. Steinwein erklärte, daß er der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages vor Weihnachten zustimme und trachten werde, die Durchführbarkeit dieser Auszahlung zu ermöglichen.

Zum Hotel Holzwart fand vorgestern eine vom Deutschösterreichischen Eisenbahnenbeamtenverein einberufene Eisenbahnenbeamtenversammlung statt, die einen stürmischen Verlauf nahm. Zur Frage der Verteilung der Kriegsjahre führte der Obmann der Ortsgruppe "Westbahnhof" unter anderem aus: Der Entwurf des Staatsamtes könne die Bediensteten auf seinem Fall befriedigen; es müßten zumindest die vom Staatsangestelltenausschuss beschlossenen Maßnahmen restlos zur Durchführung gelangen. Der Präsident des Vereines Richter erklärte, daß der Beirat der Eisenbahnenbediensteten auf der Annahme seiner Ergänzungsvorschläge bestehen müsse; das fortwährende Zusammensetzen der Eisenbahnenbediensteten mit den Staatsbediensteten müsse einmal aufhören. (Zustimmung.) Nach erregter Debatte wurde schließlich einstimmig eine Resolution angenommen, welche sich gegen höhere Eisenbahnenfunktionäre richtet und in der die Enthebung aller nichtdeutschen Beamten von ihren Dienstposen und Besetzung derselben durch deutsche Beamten, die in fremden Staaten bereits entlassen worden sind, gefordert wird. Die Resolution schließt: "Die Bediensteten erwarten von der deutschösterreichischen Regierung, daß ihnen auch jene Mittel zur Verfügung gestellt werden, die ihnen und ihren Familien eine sorglose Existenz ermöglichen und sie vor der Verelendung und dem Hunger schützen."